

Ronald H. Tuschl

# Die Krise des Neoliberalismus

Globale Bildung als möglicher  
Ausweg und Perspektive für die  
Zukunft?

Grazer Forschungsbeiträge zu Frieden und Konflikt, Hg. v. Lakitsch und Suppanz, 2022, S. 231-252.  
<https://doi.org/10.25364/978-3-903374-03-4-12>

Dieses Werk ist lizenziert unter einer Creative Commons Namensnennung 4.0 International Lizenz,  
ausgenommen von dieser Lizenz sind Abbildungen, Screenshots und Logos.

Ronald Tuschl, Universität Graz, [ronald.tuschl@uni-graz.at](mailto:ronald.tuschl@uni-graz.at)

## Zusammenfassung

Ein Blick auf die derzeitige Befindlichkeit Europas und der Welt offenbart ein diffuses und beunruhigendes Bild. Seit geraumer Zeit entsteht der Eindruck, als ob multiple, global umspannende Krisen wie beispielsweise die sich seit der Jahrtausendwende zuspitzende Umweltkrise, die Finanzkrise von 2008/09, der Arabische Frühling von 2011, die Migrationskrise von 2015 und neuerdings auch die Corona-Krise die Weltgesellschaft in Bedrängnis bringen würden. Dieser Artikel setzt sich daher zum Ziel, den Zustand von Demokratie und Frieden im Zeitalter der Krise des Neoliberalismus näher zu beleuchten und versucht, mögliche Auswege und Perspektiven anhand des Ansatzes der Globalen Bildung aufzuzeigen. Das erste Kapitel nimmt den zunehmenden, demokratiebedrohenden Populismus und nationalstaatlichen Protektionismus unter die Lupe, das zweite beleuchtet die demokratiepolitischen Auswirkungen der Corona-Krise, welche die innergesellschaftlichen Disparitäten zum Vorschein bringt. Das dritte beleuchtet die Ideen von Immanuel Kants Streitschrift *Zum Ewigen Frieden*, welche im vierten und letzten Kapitel als Grundlage für den pädagogischen Ansatz der Globalen Bildung betrachtet werden, um die Dynamik der neoliberalen Krise und ihre Auswüchse zu überwinden.

Schlagwörter: Neoliberalismus, Populismus, Corona-Krise, Immanuel Kant, Globale Bildung

## Abstract

A look at the current crises in Europe and the world reveals a diffuse and disturbing picture. For some time now, the impression has been that multiple global crises, such as the escalating environmental crisis, the financial crisis of 2008/09, the Arab Spring of 2011, the migration crisis of 2015 and, more recently, the Covid-19 crisis, are causing distress in world society. This article therefore aims at taking a closer look at the state of democracy and peace in the age of the crisis of neoliberalism and tries to identify perspectives and potential solutions based on the approach of global education. The first chapter investigates the increase of populist politics and nation-state protectionism that threaten democracy; then democratic political implications of the Covid-19 crisis, which revealed disparities within society, will be examined. The following chapter details the ideas of Immanuel Kant's polemic pamphlet *Perpetual Peace*. That forms the basis for the considerations presented in the final chapter on the potential of the pedagogical approach of global education to overcome the dynamics of the neoliberal crisis and its excesses.

Keywords: Neoliberalism, populism, corona crisis, Immanuel Kant, global education

*To pull it all down and start again. From the top to the bottom. And then...*  
*(Depeche Mode, Construction Time Again, 1983)*

## Einleitung

Ein Blick auf die derzeitige Befindlichkeit Europas und der Welt offenbart ein diffuses und beunruhigendes Bild. Seit geraumer Zeit entsteht der Eindruck, als ob multiple, global umspannende Krisen wie beispielsweise die sich seit der Jahrtausendwende zuspitzende Umweltkrise, die Finanzkrise von 2008/09, der Arabische Frühling von 2011, die Migrationskrise von 2015 und neuerdings auch die Corona-Krise die Weltgesellschaft in Bedrängnis bringen würden. Tatsächlich aber handelt es sich hierbei lediglich um symptomatische Ausprägungen von nur einer ursächlichen Krise, nämlich der Krise des Neoliberalismus, welcher die seit Jahrzehnten bestehenden sozialen Disparitäten innerhalb der westlich-liberalen Industrienationen und der globalen Weltgesellschaft erst hervorgebracht hat und nun in unterschiedlichen Ausprägungen (Klimawandel, Spekulations- und Finanzkapitalismus, Kulturkampf, Armuts- und Fluchtmigration, Einsparungen im Sozial- und Gesundheitssystem) zum Vorschein bringt. Dieser Artikel setzt sich daher zum Ziel, den Zustand von Demokratie und Frieden im Zeitalter der Krise des Neoliberalismus näher zu beleuchten und versucht, mögliche Auswege und Perspektiven anhand des Ansatzes der Globalen Bildung aufzuzeigen. Das erste Kapitel nimmt den zunehmenden, demokratiebedrohenden Populismus und nationalstaatlichen Protektionismus unter die Lupe, das zweite beleuchtet die demokratiepolitischen Auswirkungen der Corona-Krise, welche die innergesellschaftlichen Disparitäten zum Vorschein bringt. Das dritte beleuchtet die Ideen von Immanuel Kants Streitschrift *Zum Ewigen Frieden*, welche im vierten und letzten Kapitel als Grundlage für den pädagogischen Ansatz der Globalen Bildung betrachtet werden, um die Dynamik der neoliberalen Krise und ihre Auswüchse zu überwinden.

## **Der schmale Grat zwischen Lüge und Wahrheit: Wie die Politik der „starken Männer“ unsere Demokratie gefährdet**

*Wir dürfen den Glauben an die Republik nicht verlieren. An dem Tag, an dem wir nicht mehr an die Demokratie glauben, werden wir sie verlieren.<sup>1</sup>*

Das obige Zitat aus der Kultfilmreihe *Star Wars* schildert ein beunruhigendes Szenario: Königin Jamillia von Naboo äußert angesichts der Krise der galaktischen Republik gegenüber der Senatorin Padmé Amidala die Besorgnis, dass die Republik von populistischen und demokratiefeindlichen Kräften unterwandert werden könnte, um auf diese Weise ein Herrschaftssystem zu begründen, das die republikanische Demokratie, welche sich zu Frieden, Freiheit und Menschenrechte verpflichtet hat, bedrohen würde. Nur wenige Jahre später wird Senatorin Amidala Zeugin davon, wie der gegenwärtige Kanzler und ehemalige Senator Palpatine die republikanische Demokratie außer Kraft setzt und das „Erste galaktische Imperium“ proklamiert, wohlgermerkt unter tosendem Applaus des Senats.

Dieses schaurige und eigentlich paradox anmutende Szenario erinnert sehr an die Machtübernahme der Nationalsozialisten in Deutschland zu Beginn der 1930er Jahre, welche nicht durch einen Staatsstreich, sondern auf demokratischem Wege an die Macht gelangt waren, um anschließend mit dem Ermächtigungsgesetz die Demokratie endgültig auszuschalten. Diese Machtergreifung war nicht nur durch die Wirtschaftskrise und die damit einhergehende hohe Arbeitslosigkeit bedingt, sondern unter anderem auch dem Umstand geschuldet, dass die Menschen das Vertrauen in die damalige Demokratie der Weimarer Republik verloren hatten.

Doch nun wieder zurück von der Fiktion in die politische Gegenwart: Im selben Land, in dem die besagte Kultserie *Star Wars* begründet wurde, sorgte bereits die Angelobung des US-Präsidenten für mehrfaches Erstaunen seitens der internationalen Öffentlichkeit. Donald Trump überraschte nicht nur die Meinungsforschung damit, dass er sich trotz seines befremdlichen Wahlkampfes gegenüber seiner Herausforderin Hillary Clinton durchzusetzen vermochte, sondern vielmehr damit, dass er seit seinem Amtsantritt genau auf die Weise sein Land regierte, wie er zuvor Wahlkampf geführt hatte. Der Bau des Schutzwalls gegenüber dem benachbarten Mexiko wurde per Dekret bereits veranlasst und ein Einreiseverbot für Angehörige einiger muslimischer Staaten sorgte für ein entsprechendes Entsetzen innerhalb

---

1 Filmzitat aus *Star Wars* – Episode II, 2002.

der internationalen Staatengemeinschaft. Noch beunruhigender als all diese xenophoben Maßnahmen war wohl der Umstand, dass Trump kurz darauf den Medien und damit dem höchsten Gut der US-amerikanischen Demokratie, nämlich der Meinungsfreiheit, einen regelrechten Krieg erklärt hatte. Mit Kampfbegriffen wie „Fake News“ und „Alternative Facts“ zog Trump seit seinem Amtsantritt gegen namhafte Zeitungen und Medien zu Felde und erfand damit seine eigene Wahrheit und Sicht der Dinge, die einer neuen Isolations- und Protektionspolitik den Weg ebnete und Muslim\*innen unter Generalverdacht stellte. Er dürfte daher kein Zufall gewesen sein, dass populistische und nationalistische Politiker\*innen in Europa die Ersten waren, die Trump zu seinem Wahlsieg gratulierten. Selbst nach dem ungeheuerlichen Anschlag auf das Herz der Demokratie in Washington am 6. Jänner 2021, dem zweiten Impeachment gegen Trump und dem Ende seiner Legislaturperiode, bleibt die latente Gefahr bestehen, dass sich auch andere radikale politische Kräfte außerhalb der USA die Ereignisse im Kapitol zum Vorbild nehmen könnten. Diese Sorge scheint angesichts der versuchten Erstürmung des deutschen Reichstags und des österreichischen Parlaments während Anti-Corona-Demos keinesfalls unberechtigt zu sein.

Seit dem fehlgeschlagenen Putschversuch in der Türkei steht auch Staatspräsident Recep Tayyip Erdoğan unter schwerem politischem Druck. Durch die fortwährenden Anschläge der separatistischen kurdischen Arbeiterpartei PKK und der Terrormiliz IS, sowie durch den Druck der Flüchtlingskrise aus dem benachbarten Syrien brach die türkische Tourismusbranche in sich zusammen und verursachte eine erneute wirtschaftspolitische Krise, welche die Macht von Erdoğan's regierender AKP-Partei ins Wanken brachte. Erdoğan reagierte darauf gegenüber seinen politischen Gegner\*innen nicht nur mit Verhaftungen, sondern auch mit der Verfolgung und Inhaftierung von Journalist\*innen, die Kritik an seinem neuen autoritären Kurs äußerten. Nach dem vereitelten Putsch war davon auszugehen, dass über 40.000 Menschen in der Türkei inhaftiert waren, darunter nicht nur Oppositionelle, Lehrende und Intellektuelle, sondern auch viele Journalist\*innen, die sich der unabhängigen Meinungsfreiheit verpflichtet fühlen. Die Inhaftierung eines deutsch-türkischen Journalisten sowie Erdoğan's jüngstes Bestreben, für sein geplantes Referendum zur Einführung eines autoritären Präsidialsystems in seinem Land, eine Wahlkampfkampagne in mehreren europäischen Ländern durchzuführen, führte zu einer schweren diplomatischen Verstimmung zwischen der Europäischen Union und der Türkei. Dies ist auch kaum verwunderlich, zumal hiermit wird der Versuch unternommen wurde, mithilfe demokratischer Mittel im europäischen Ausland die Demokratie im eigenen Land auszuhebeln.

Auch in Ungarn zeichnet sich seit geraumer Zeit ein besorgniserregendes Bild ab. Bereits im Jahre 2011 verabschiedete Viktor Orbán mit den Stimmen seiner Fidesz-Partei eine neue Verfassung, die nationalkonservative Werte wie Vaterland, Treue, Glaube und Nationalstolz in den Mittelpunkt rückt. Zugleich wurde auch der Name des Staats von „Republik Ungarn“ in „Ungarn“ geändert, wodurch der republikanische Charakter dieses Landes aus der offiziellen Staatsbezeichnung getilgt wurde. Noch im selben Jahr machte sich Orbán daran, ein neues Mediengesetz in Kraft zu setzen, das den staatlichen Presserat ausschließlich mit Mitgliedern seiner eigenen Partei besetzte, die auch einen weitreichenden Einfluss auf andere ungarische Medien sowie auf die staatliche Rundfunkgesellschaft *Magyar Televízió* ausübt. Kritische Beobachter\*innen sprechen in diesem Zusammenhang von einer regelrechten Gleichschaltung der ungarischen Medienlandschaft, die sich nicht nur gegen die Pressefreiheit des Landes ausspricht, sondern auch in zunehmendem Maße die Ideen der rechtsradikalen Jobbik-Partei aufgreift, die sich dezidiert gegen im Land lebende Rom\*nja und Sinti\*zze und gegen Kriegsflüchtlinge aus Syrien richtet. So soll die von Orbán in Auftrag gegebene Errichtung des 175 km langen Grenzzauns entlang der Grenze zu Serbien eine Idee eines Bürgermeisters der Jobbik-Partei gewesen sein, die in den Umfragen nur knapp hinter Orbáns Fidesz-Partei liegt. Der jüngste Vorstoß der ungarischen Regierung, auswärtige Flüchtlinge in eingezäunte „Transitzonen“ internieren zu wollen, erinnert nicht nur an dunkle Zeiten, sondern lässt zugleich auch die Erinnerung verblassen, dass während des Ungarnaufstands im Jahre 1956 fast 200.000 ungarische Staatsangehörige Zuflucht vor politischer Verfolgung in Österreich gefunden hatten.

Die obigen drei Fallbeispiele weisen zueinander nicht nur eine auffallende Ähnlichkeit bezüglich des autoritären Führungsstils der jeweiligen Politiker auf, sondern verdeutlichen gleichermaßen auch den Vertrauensverlust in die Demokratie all jener Wähler\*innen, die ihnen die Stimme gegeben haben. Wie eine Studie im *Journal of Democracy* belegt, hält es in sechs klassischen westlich-liberalen Demokratien (USA, Großbritannien, Australien, Neuseeland, Schweden und den Niederlanden) nur noch eine Minderheit von Menschen für „essenziell“, in einer Demokratie zu leben. In den USA glaubt die Generation, die im Jahr 1950 geboren wurde, immerhin noch zu 55 Prozent, dass es essenziell sei, in einer Demokratie zu leben, wohingegen von denen, die 1980 geboren wurden, also Mittdreißiger, nur noch 27 Prozent dieser Auffassung sind. In Großbritannien glaubt die 1950er-Generation zu rund 70 Prozent an die Demokratie, die 1980er-Generation nur zu 27 Prozent. In Schweden liegt die Zustimmung bei den 1950ern bei rund 80 Prozent, bei den 1980ern immerhin noch bei 57 Prozent. In den Niederlanden glauben die 1950 geborenen hingegen nicht mehrheitlich (47 Prozent) und die 1980er nur noch zu rund

30 Prozent an die absolute Notwendigkeit einer Demokratie (Foa und Mounk 2016). Zu einem ähnlich besorgniserregenden Befund kam auch das renommierte SORA-Institut in einer Studie vom Oktober 2016, wonach in Österreich ein beträchtlicher Anteil der Befragten (39 Prozent) mit einem antidemokratischen Autoritarismus im Sinne von Trump, Erdoğan oder Orbán sympathisiert. Der Wahlforscher Christoph Hofinger schlussfolgert aus dieser überaus beunruhigenden Entwicklung, dass politische Bildung fortan ein eigenständiges Kernfach werden müsse, nicht nur ein Unterrichtsprinzip (SORA 2017). Auch in Deutschland lag 2018 laut einer repräsentativen Studie die latente oder manifeste Zustimmung zu diktaturbefürwortenden Aussagen bei 27 % (Decker, Kiess, Schuler, Handke und Brähler 2018, 75).

Somit liegt die Lösung zur Überwindung dieser Vertrauenskrise im Grunde genommen klar auf der Hand: Wir brauchen eine neue politische Bildung, die das Vertrauen der Bevölkerung in die Demokratie dadurch stärkt, indem einerseits die Meinungs- und Pressefreiheit als schützenswert erachtet werden und andererseits ein politisches Bewusstsein geschaffen wird, das sich über die nationalen Grenzen hinweg den Herausforderungen der Gegenwart und Zukunft stellt. Der Isolationismus und Protektionismus, den Trump, Erdoğan oder Orbán propagierten, hat sich als Irrweg erweisen, zumal die sozialpolitischen Probleme innerhalb einer globalisierten Welt nicht vor nationalen Grenzen halt machen. Stattdessen wird kein Weg daran vorbeiführen, die Herausforderungen der Zukunft gemeinsam auf europäischer und internationaler Ebene zu bewältigen. Dazu brauchen wir eine starke Demokratie, die den betroffenen Menschen sowohl ein kritisches Bewusstsein als auch eine Möglichkeit zur politischen Partizipation einräumt, denn „starke Männer“, die unter dem Deckmantel des „Volkswillens“ die Wahrheit für sich allein in Anspruch nehmen, stellen eine Bedrohung für die hart erkämpfte Meinungsfreiheit und Demokratie dar. Oder um es mit Aristoteles zu sagen: „Wer Sicherheit der Freiheit vorzieht, ist zu Recht ein Sklave.“

## Die offene Gesellschaft und ihr unsichtbarer Feind: Wie die Corona-Krise Freiheit und Frieden belastet

*Das Leben wird, selbst wenn es am Ende wieder zur Normalität zurückkehrt, auf andere Weise normal sein, als wir es vor dem Ausbruch gewohnt waren.<sup>2</sup>*

Der Beginn der Corona-Krise wirkte wie eine Szene aus einem postapokalyptischen Science-Fiction-Film: menschenleere Plätze und Straßen, panische Hamsterkäufe, polizeilich überwachte Ausgangssperren, stillgelegte Geschäfte und öffentliche Einrichtungen, medizinische Versorgungsengpässe, geschlossene Grenzen. Danach folgten wochenlange Ausgangsbeschränkungen und erhebliche Einschränkungen der Grundfreiheiten, die von Teilen der Bevölkerung in Frage gestellt werden. Wann die Corona-Krise überstanden sein wird, vermag noch niemand mit Gewissheit zu prognostizieren. Fest steht aber jetzt schon, dass nach der Krise der wirtschaftspolitische und soziologische Diskurs ein anderer sein wird als bisher und dass wir alle etwas dazugelernt haben werden.

Während die Volksrepublik China seit Beginn der Pandemie mit äußerst autokratischen Maßnahmen gegen die drohende Pandemie im eigenen Land vorging, zeichnet sich innerhalb der Europäischen Union bezüglich des Krisenmanagements ein sehr fragmentiertes und diffuses Bild ab. Länder wie Italien, Spanien oder Belgien setzten auf rigorose Maßnahmen, um die Pandemie unter Kontrolle zu bringen, was mancherorts das Gesundheitssystem an den Rand des Zusammenbruchs brachte. Schweden, Großbritannien oder die Niederlande verfolgten hingegen die Strategie der nicht unumstrittenen „Herdennimmunität“ bei gleichzeitigem Schutz von Risikogruppen. Österreich wiederum setzte bislang auf eine Abflachung der exponentiell ansteigenden Infektionskurve und auf eine Schadensbegrenzung durch wirtschaftliche Nothilfen zur Liquiditätssicherung für Großbetriebe, Klein- und Mittelunternehmen (KMUs) und Ein-Personen-Unternehmen (EPUs), wobei allerdings ein Budgetdefizit, eine Massenarbeitslosigkeit und ein abnehmendes Wirtschaftswachstum in Kauf genommen werden mussten. Schon zu Beginn der Krise wurde Kritik laut, dass es bei dieser Strategie vornehmlich um die Aufrechterhaltung des Gesundheitssystems ginge, der Schutz von Risikogruppen und medizinischem Betreuungspersonal dabei aber in den Hintergrund getreten sei und diese Strategie insgesamt auf Kosten der persönlichen Grundfreiheiten ginge. Bemängelt wird auch der Umstand, dass man in den vergangenen Jahren das österreichische

---

2 Žižek 2020.



Gesundheitssystem unter das Credo einer neoliberalen Ressourcensparsamkeit, ökonomischen Effizienz und „Just in Time“-Logistik gestellt habe, was im Falle der Pandemie das Gesundheitssystem schnell an seine Grenzen stoßen ließ.

Bereits zu Beginn der Finanzkrise im Jahr 2008 musste sich die Europäische Union darüber im Klaren werden, dass sie in ein global vernetztes und überaus fragiles Netzwerk aus Banken und transnationalen Unternehmen eingebettet ist, das gewissermaßen eine Verwundbarkeit gegenüber äußeren Einflüssen in sich birgt. Jener Dominoeffekt, den die Immobilienblase in den USA im Jahr 2008 ausgelöst hatte, sprang innerhalb der globalen wirtschaftlichen Verflechtung zuerst auf Island über und verbreitete sich anschließend rasant über den gesamten europäischen Wirtschaftsraum. Den Nährboden für diese virulente Kettenreaktion schuf die vorangegangene Deregulierung internationaler Finanzmärkte, wo der Staat kaum noch einen nennenswerten Einfluss auf die entfesselte Eigendynamik der Wirtschaft ausübte und diese der vermeintlich selbstregulativen „unsichtbaren Hand“ des freien Marktes überließ. Die Corona-Krise im Jahr 2020 verdeutlicht, dass nun aber staatlich-regulative Eingriffe zur Eindämmung der Pandemie vonnöten sind. Da jedoch offensichtlich kein supranationales und kohärentes Krisenmanagement auf europäischer Ebene existiert, setzen immer mehr Mitgliedstaaten der Europäischen Union angesichts der pandemischen Virulenz auf einen nationalstaatlichen Protektionismus, indem nationale Grenzen geschlossen und damit der bewegungsfreie Schengen-Raum de facto außer Kraft gesetzt wurde – ein Umstand, der auf lange Sicht nicht nur rechtspopulistischen Kräften nützt, sondern auch die heimische Tourismusbranche schädigt und die politische Integrität Europas gefährdet.

Die erste Pandemie-Welle hatte in den USA weitreichende wirtschaftliche und soziale Folgen. Donald Trumps beschwichtigendes Krisenmanagement hatte innerhalb von nur wenigen Wochen eine Rekordinfektionszahl verursacht, welche in Verbindung mit dem wirtschaftlichen Lockdown zu einer Massenarbeitslosigkeit von mehr als 50 Mio. Menschen führte. Die Ermordung des Afroamerikaners George Floyd führte dazu, dass sich die Frustration der Bevölkerung in Form von Protestdemonstrationen gegen Rassismus und Polizeigewalt entlud. Unter dem Credo „I can´t breathe“, welches auf Corona-Schutzmasken geschrieben wurde, gingen nicht nur in den USA, sondern auch in Europa Menschen auf die Straße, um ihren Unmut gegen strukturellen Rassismus zu äußern. In Deutschland bemerkte Bundeskanzlerin Angela Merkel angesichts der Corona-Krise, dass diese „eine Zustimmung für die Demokratie“ sei und sollte damit recht behalten. In Frankreich ereigneten sich Proteste von sogenannten „Weißkitteln“ gegen die prekären Arbeitsbedingungen in Kliniken. Auch in Serbien, Italien oder in den Niederlanden kam es zu schweren Ausschreitungen gegen die Polizei während des Lockdowns. Eine

ähnliche Verschränkung zwischen der Gesundheitskrise und demokratischer Repression zeigte sich auch in Israel, wo die Bevölkerung nicht nur gegen die äußerst rigiden Pandemie-Maßnahmen auf die Straße ging, sondern auch ihren Ärger über die politische Korruption der israelischen Regierung Luft machte. Die Ausgangsbeschränkungen während des Lockdowns hatten darüber hinaus ein völliges Erliegen der Demokratiebewegung in Hongkong und jener von „Fridays for Future“ zur Folge. Die Situation in Ländern des Globalen Südens ist aufgrund der mangelhaften medizinischen Versorgung, der hohen Bevölkerungsdichte, der kaum vorhandenen sozialen Absicherungen noch prekärer als in den wohlhabenden Industrienationen, zumal in ärmeren Ländern keine Notfallhilfefonds oder Rettungspakete existieren, welche die wirtschaftlichen Einbrüche abfangen könnten. Die durch die Covid-19-Pandemie verursachte Gesundheitskrise mutiert auf diese Weise zu einer globalen Sozialkrise.

Durch die Corona-Krise geriet zudem auch die vorangegangene Debatte um Migration und Asyl völlig in den Hintergrund. Während in Europa tagtäglich über die Eindämmung der Covid-19-Pandemie diskutiert wurde, verschlimmerte sich die Lage in den Flüchtlingscamps auf den griechischen Inseln, insbesondere im Lager Moria auf Lesbos, immer mehr. In diesem Lager, das ursprünglich für knapp 3.000 Personen konzipiert wurde, lebten zeitweilig mehr als 20.000 Menschen, weshalb entsprechend unmenschliche Zustände dort vorherrschten. Die Europäische Union hatte sich durch ein Rücknahmeabkommen mit der benachbarten Türkei freigekauft und hoffte auf diese Weise, sich des Migrationsproblems entledigen zu können. Viele Monate zuvor hatten humanitäre Helfer\*innen wegen der hohen Dichte von Menschen auf engstem Raum auf die Gefahr eines Seuchenausbruchs hingewiesen. Als zu Beginn des Septembers 2020 in Moria mehr als 30 Menschen positiv auf Covid-19 getestet wurden und in Quarantäne gebracht werden sollten, brach in dem ohnehin schon überfüllten Lager eine Panik aus, die letztendlich zu Unruhen und Brandstiftung führte. Das von außenstehenden Beobachter\*innen und humanitären Helfer\*innen als „Schandfleck Europas“ bezeichnete Flüchtlingscamp Moria wurde damit zu einem tragischen Sinnbild für die gescheiterte Migrations- und Flüchtlingspolitik der Europäischen Union, die sich auch nach dem Brand nicht besserte, zumal im Lager Kara Tepe ähnlich katastrophale Verhältnisse herrschen wie zuvor in Moria.

Durch die Corona-Krise stößt sowohl die Logik der neoliberalen Effizienz und Deregulierung als auch jene des nationalstaatlichen Protektionismus an ihre Grenzen. Was die Europäische Union in Zukunft braucht, um auch in Zukunft weiter bestehen zu können, ist ein kohärentes Krisenmanagement auf supranationaler Ebene, welches prophylaktische Maßnahmen, Notfallpläne, Frühwarnsysteme sowie das

Schließen von strukturellen Lücken in den nationalen Gesundheits- und Sozialsystemen vorsieht. Dabei ist es unabdingbar, auch zivilgesellschaftliche Kooperativen miteinzubeziehen, um die Entschleunigung der Gesellschaft und die Resilienz von fragilen Systemen zu stärken. Am Ende der Corona-Krise wird sich auch die Erkenntnis durchsetzen müssen, dass die digital beschleunigten Filterblasen und Echokammern der Informationsgesellschaft, derer sich vornehmlich Obskurant\*innen, Verschwörungstheoretiker\*innen und Rechtspopulist\*innen bedienen, die Menschheit vor der globalen Gesundheitskrise, welche die bereits vorhandenen sozial- und demokratiepolitischen Disparitäten noch verstärkt hat, nicht retten werden und dass letztendlich jeder und jede Einzelne von uns gefragt ist, entweder ein Teil des Problems oder ein Teil der Lösung zu sein, um den aus der Covid-19-Pandemie entstandenen sozialen und demokratiepolitischen Kollateralschäden entgegenwirken zu können. Zu diesem Zweck wird es auch vonnöten sein, unser Verständnis von Individualität und Freiheit zu überdenken. Die Freiheit des einzelnen Individuums kann nicht in unbegrenzter Form ausgelebt werden, sondern endet dort, wo die persönliche Integrität der anderen beeinträchtigt wird. Gerade in Krisenzeiten ist es daher erforderlich, aufeinander Rücksicht zu nehmen und gemeinsame Lösungsansätze auf persönlicher, gesellschaftlicher und globaler Ebene zu entwickeln, um die gesundheitliche Krise und ihre sozialpolitischen Implikationen in den Griff zu bekommen. Dazu zählen effektive Frühwarnsysteme im Gesundheitssystem, Investitionen in die Erforschung von Impfungen und Medikamenten, die vorsorgliche Bereitstellung von Schutzmasken, medizinischer Ausrüstung und Desinfektionsmitteln, aber auch Strategien zur Armutsbekämpfung sowie Solidaritätsabgaben von reichen Bevölkerungsschichten und Großunternehmen.

Letztendlich offenbarte die Corona-Krise nicht nur die gesundheitlichen, sondern vor allem die sozialpolitischen Disparitäten unserer Gesellschaft, denen nur ursächlich, nicht symptomatisch begegnet werden kann. Es wäre daher wesentlich effektiver, die erforderlichen Investitionen für die eben genannten Vorsorgemaßnahmen schon im Vorhinein zu tätigen, anstatt die wesentlich höheren Kosten für die Versäumnisse der Vergangenheit im Nachhinein begleichen zu müssen. Am Ende des Tages wird sich die Erkenntnis durchsetzen müssen, dass das oft gehörte Mantra vom „Sparen im System“, insbesondere im Gesundheits- und Sozialsystem, ein Ende haben muss, wenn eine Gesellschaft nicht nur für den durchoptimierten Normalbedarf, sondern auch für den Ausnahmezustand gerüstet sein will.

## Immanuel Kants Traum vom ewigen Frieden: Weltfrieden als Utopie des Konkreten

*Denken ist die Arbeit des Intellekts, Träumen sein Vergnügen.*<sup>3</sup>

*Aber der Friede erfordert unentwegten, zähen, dauernden Dienst, er verlangt Ausdauer, erlaubt keinen Zweifel.*<sup>4</sup>

Weltfrieden wird im alltäglichen Sprachgebrauch oft und gerne mit dem Attribut „utopisch“ in Verbindung gebracht und gilt daher gemeinhin als weltfremd und unrealisierbar. Um diese Frage, ob dies tatsächlich der Fall ist, beantworten zu können, scheint ein Blick auf den etymologischen und ideengeschichtlichen Ursprung dieses Begriffs vonnöten zu sein. Der Terminus Utopie leitet sich vom altgriechischen Wort *ou-tópos* (griech.: ο-τόπος) her und bedeutet „Nicht-Ort“. Gemeint ist damit ein gesellschaftlicher Ort oder Zustand, der in seiner idealen Form als unerreichbar gilt, vergleichbar mit einem Fixstern am nächtlichen Himmel, wonach die Seefahrt seit jeher ihren Kurs ausrichtet, obwohl dieser Stern in unerreichbarer Ferne liegt.

Die Idee von einer utopischen, besseren Gesellschaft ist beinahe so alt wie die Menschheit selbst. Bereits in der Antike beschrieb der griechische Philosoph Platon im zweiten Buch seiner *Politeia* die sagenhafte Insel Atlantis, die nicht nur durch ihren äußerlichen Glanz zu beindrucken vermochte, sondern auch durch den Umstand, dass dort die reiche Oberschicht höchstens viermal so viel verdienen durfte wie die arme Unterschicht und die Sklaverei weitestgehend abgeschafft war. Im Mittelalter rückte der Utopie-Gedanke deutlich in den Hintergrund, zumal die katholische Kirche den gläubigen Menschen ein besseres Leben nach deren Tode im Jenseits versprochen hatte. Dennoch berichteten heimkehrende Kreuzritter von Geschichten über das himmlische Jerusalem und von märchenhaften Städten aus dem Morgenland. Die Denktradition Platons von einer idealtypischen Inselwelt wurde später in der Renaissance durch den Humanisten Thomas Morus in seinem im Jahre 1516 erschienenen Buch über die Insel Utopia, welche ebenfalls einen visionären Entwurf einer besseren und sozial gerechteren Welt aufzeigte, erneut aufgegriffen (Logan, Adams und Miller 1995). Selbst in der gegenwärtigen Literatur findet sich beispielsweise beim französischen Schriftsteller Michel Houellebecq

3 Victor Hugo, *Les Misérables/Die Elenden*, 2000.

4 Aristide Briand, *Dans la Voie de la Paix*, 1929.

eine modernisierte Fortführung dieses klassischen Utopie-Gedankens in dessen Buch *Die Möglichkeit einer Insel*, worin der Protagonist sich ein erfülltes Leben in einer Inselwelt erhofft (Houellebecq 2005).

In der frühen Neuzeit entwarf Thomas Hobbes in seinem im Jahre 1651 erschienenen Werk *Leviathan* die Utopie von einem Staatssouverän als Antithese zum mittelalterlichen Absolutismus und schuf damit die Grundlage für das Gewaltmonopol des modernen Staates, der sich später durch Säkularisierung und Gewaltenteilung auszeichnete (Hobbes 2010). 1795 veröffentlichte Immanuel Kant seinen utopischen Entwurf einer auf Föderalismus und gegenseitiger Toleranz beruhenden Weltordnung mit dem Titel *Zum ewigen Frieden*, der 150 Jahre später maßgeblich die Charta der Vereinten Nationen beeinflussen sollte.

Immanuel Kant (1724–1804) wird nachgesagt, dass er seine Heimatstadt Königsberg zu Lebzeiten nie verlassen hätte. Umso erstaunlicher ist es, dass er der Welt ein Werk hinterließ, das bis zum heutigen Tag an friedenspolitischer Wirkung und Relevanz nichts verloren hat. Sein 1795 entstandenes Werk *Zum ewigen Frieden* ist in zwei Abschnitte unterteilt. Der erste Abschnitt enthält Verbotsgesetze in Form von sechs Präliminarartikeln, die für jeden Staat Gültigkeit besitzen und die Grundlage für den ewigen Frieden schaffen sollen. Im zweiten Abschnitt, der drei Definitivarartikel beinhaltet, nennt Kant die Voraussetzungen für einen ewigen Frieden.

Kant beginnt seine Ausführungen mit eben jenen sechs Verbotsgesetzen (Präliminarartikel), die die Voraussetzungen für die definitiven Grundlagen eines ewigen Friedens seien. Im ersten Präliminarartikel sollten nach Kants Vorstellungen bei einem Friedensvertrag jegliche spätere Streitigkeiten und Feindseligkeiten ausgeschlossen werden. Weise beispielsweise ein Friedensvertrag Lücken in seiner Formulierung auf oder wird er nur zum Schein formuliert, um die kriegführenden Parteien erneut in eine kriegerische Auseinandersetzung zu verwickeln, dann könne nur von einem Waffenstillstand die Rede sein. Denn wirklicher Friede bedeute, dass keinerlei Feindseligkeiten mehr vorhanden sind. Die Konzeption eines Friedensvertrages erfordere demnach ein bedachtes Vorgehen der Politiker, da fehlerhafte Formulierungen zu erneuten Streitigkeiten führen können.

Im zweiten Präliminarartikel postuliert Kant, dass jeder Staat, wie auch jeder Mensch, das Recht habe, sich selbst zu verwalten und von keinem anderen Staat einverleibt werden dürfe. In diesem Zusammenhang muss erwähnt werden, dass es zu Kants Lebzeiten durchaus üblich war, seine Macht und seinen Besitz durch Schenkung, Kauf, Heirat oder Krieg zu vergrößern.

Im dritten Präliminarartikel fordert Kant die Abschaffung aller stehenden Heere (*miles perpetuus*). Der Umstand, dass diese bestehen, führe unweigerlich zu einem Wettrüsten zwischen den Staaten untereinander. Auf lange Sicht wäre diese Rüstungsspirale für den Staatshaushalt unerschwinglich, wodurch ein Staat immer mehr Schulden machen müsse, was wiederum, um diesem Teufelskreis zu entinnen, die Kriegsführung begünstige. Kant fordert daher, das Wettrüsten zu beenden, spricht sich allerdings nicht dagegen aus, die Staatsbürger an der Waffe auszubilden, da er die Landesverteidigung für nötig erachtete.

Im vierten Präliminarartikel verlangt Kant, dass es Staaten grundsätzlich nicht erlaubt sei, Schulden zu machen, um damit Kriege zu finanzieren. Ein kriegführender Staat sei nämlich niemals imstande, geliehenes Geld zurückzuzahlen. Vielmehr zwingt die Kriegsführung einen Staat dazu, noch weitere Kredite aufzunehmen, um den Krieg fortführen zu können. Die Rückzahlung von Kriegskrediten sei auch deswegen unmöglich, da erfahrungsgemäß ein Krieg mehr koste als er letztendlich einbringe.

In seinem fünften Präliminarartikel greift Kant erneut die Autonomie der Staaten auf und verlangt, dass kein Staat das Recht besäße, sich in andere staatsinterne Angelegenheiten gewalttätig einzumischen. Selbst die Tatsache, dass die Bevölkerung eines anderen Staates ein negatives Beispiel für die eigene Bevölkerung darstellen könnte, bemächtige keinen Staat, sich gewalttätig in die inneren Konflikte eines anderen Staates einzumischen.

Im sechsten und letzten Präliminarartikel fordert Kant schließlich, dass selbst im Zustand des Krieges eine Vertrauensbasis zwischen den Staaten bestehen müsse. Unehrenhafte Mittel seien in einem Krieg untersagt, da sie das Vertrauen in einen eventuellen späteren Frieden schmälerten. Kant nennt hier Meuchelmörder (*percussores*), Giftmischer (*venefici*), Brechung der Kapitulation und Anstiftung zum Verrat (*perduellio*), die das wechselseitige Vertrauen im künftigen Frieden unmöglich machten. Demnach sei ein Staat, der die genannten Mittel im Krieg einsetzt, nicht imstande, einen Frieden mit anderen Staaten zu schließen, da diese ihm kein Vertrauen mehr entgegenbringen würden. Bei der Wahl der Kriegsmittel solle nach Kant auf jeden Fall darauf Bedacht genommen werden, dass das langfristige Ziel des Staates nicht permanente Kriegsführung sein könne. Kein Staat der Welt sei in der Lage, alle anderen Staaten zu besiegen, womit zwangsläufig irgendwann ein Zustand des Friedens angestrebt werden müsse. Folglich sei von vornherein darauf Bedacht zu nehmen, dass selbst in einem Zustand der Gesetzlosigkeit die elementaren Rechte erhalten bleiben.

Die Definitivartikel bauen auf den durch die Präliminarartikel geschaffenen Voraussetzungen auf und geben Anweisungen, wie der ewige Frieden zu erreichen sei: Erstens soll die bürgerliche Verfassung in jedem Staate republikanisch sein, zweitens soll das Völkerrecht auf einem Föderalismus freier Staaten gegründet werden und drittens müsse das Weltbürgerrecht auf Bedingungen der allgemeinen Hospitalität (Besuchsrecht) eingeschränkt sein.

Im ersten Definitivartikel vertritt Kant die Ansicht, dass die Republik die einzig wahre Staatsform wäre. Ein Zustand des Friedens innerhalb eines Volkes könne nicht aus sich selbst heraus entstehen, sondern müsse politisch begründet und gesichert sein. Die Menschen verzichten demnach auf einen anarchischen Zustand der absoluten Freiheit, in dem keine Regeln gelten und unterwerfen sich stattdessen einer herrschenden, friedensstiftenden Obrigkeit, die die innere und äußere Sicherheit zu gewährleisten vermag.

Der zweite Definitivartikel ist für Kant wohl der wichtigste Schritt zur Erreichung des ewigen Friedens. Für Kant ist die Schaffung eines Weltstaates, zu dem sich alle Völker zusammengeschlossen haben, die idealste Lösung. In einem solchen Weltstaat würden alle Staaten ihre Souveränität zugunsten einer Weltregierung aufgeben.

Im dritten Definitivartikel befasst sich Kant mit den grundlegenden Rechten eines jeden Menschen auf Erden. Seiner Ansicht nach stünde jedem Menschen ein Besuchsrecht (Hospitalität) zu, denn solange ein Besucher uns nichts Böses antue, ließe sich daraus kein Recht auf Vertreibung ableiten. Dies gründe schon alleine auf der Tatsache, dass die Welt jedem Menschen gleichermaßen gehöre und jeder Mensch ein Recht auf Lebensraum habe.

Schon beim Durchlesen der Präliminarartikel fällt auf, dass Kants Gedanken nicht nur reine Utopie, sondern in der Tat zur geistigen Grundlage des modernen Völkerrechts und internationaler Konventionen geworden sind (z.B. die Völkerbundsatzung oder die Charta der Vereinten Nationen).

In Anbetracht der heutigen, mit dem Bürgerkrieg in Syrien zusammenhängenden Flüchtlingskrise scheint der dritte Definitivartikel von ganz besonderer und aktueller Bedeutung zu sein: Demnach, so sagt Kant, habe ein Fremder ein Besuchsrecht (Hospitalität) für ein anderes Land und dürfe sich dort aufhalten, ohne dass man ihm feindselig gesinnt sein dürfe, solange er sich selbst rechtmäßig verhalte. Ein Mensch, der fremdes Staatsgebiet betritt, dürfe auch nicht ausgewiesen werden, sofern dies zu seinem Leid geschehe, es sei denn, er habe sich feindselig gegen den fremden Staat verhalten. Dieser Forderung wurde durch die im Jahre 1954 in Kraft

getretene Genfer Flüchtlingskonvention Rechnung getragen, die besagt, dass Menschen, die wegen Rasse, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder politischer Überzeugung verfolgt werden, auch einen Antrag auf Asyl in einem sicheren Gastgeberland stellen können. Dem ist allerdings hinzuzufügen, dass hiervon sogenannte Wirtschafts- oder Klimaflüchtlinge ausgenommen sind und daher nicht in den Geltungsbereich der Flüchtlingskonvention fallen. In den öffentlichen Medien werden diese jedoch immer wieder mit sogenannten „Konventionsflüchtlingsen“ gleichgesetzt, was in der öffentlichen Wahrnehmung zu der fälschlichen Annahme führt, dass alle in Europa ankommenden Menschen ein Recht auf Schutz und Asyl hätten. An diesem Umstand dürfte sich auch durch den im Dezember 2018 zu unterzeichnenden UN-Migrationspakt (Globaler Pakt für eine sichere, geordnete und reguläre Migration) nichts ändern, da dieser keine völkerrechtliche Verbindlichkeit für die Signatarstaaten hat.

Auch die im sechsten Präliminarartikel erwähnten „Meuchelmörder“ und „Giftmischer“ wurden durch die UN-Genozid-Konvention und durch die UN-Chemiewaffenkonvention im heute geltenden Völkerrecht berücksichtigt, die 1951 bzw. 1997 in Kraft traten. Aber es gibt sie heute noch, wenn wir zum Beispiel an den Mord an Jamal Ahmad Khashoggi im saudischen Konsulat von Istanbul oder an den Anschlag mit einem Nervengift auf Sergej Skripal in Großbritannien denken. Daran lässt sich deutlich erkennen, dass sich zwar Kants Traum vom ewigen Frieden noch in weiter Ferne befindet, jedoch von visionären Menschen schon deutliche Schritte zur Verwirklichung dieses Traums gemacht worden sind.

## **Bin ich Bürger\*in der Welt? Denken und handeln jenseits nationaler Grenzen: Warum uns die Globalisierung ein neues Bewusstsein für Erziehung und Bildung abverlangt**

*Ich bin ein Bürger der Welt.*<sup>5</sup>

Der Begriff „Globalisierung“ ist seit ungefähr Mitte der 1980er-Jahre ins Bewusstsein der Öffentlichkeit gerückt. Seine Wurzeln liegen vermutlich in den 60er-Jahren des vorangegangenen Jahrhunderts, doch der Philosoph und Kulturkritiker Karl Jaspers erwähnte das dahinter stehende Konzept bereits in seinem Buch *Die geistige Situation der Zeit* im Jahr 1932 und verwendete dafür den Begriff „planetarisch“ (Jaspers 1932). Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

---

5 Diogenes von Sinope, o. J.



(OECD) definiert Globalisierung als „Prozess, durch den Märkte und Produktion in verschiedenen Ländern immer mehr voneinander abhängig werden – dank der Dynamik des Handels mit Gütern und Dienstleistungen und durch die Bewegung von Kapital und Technologie.“ Im Zuge des öffentlichen Diskurses der 80er-Jahre tauchten immer mehr Begriffe auf, die mit der Globalisierung in Verbindung stehen, so beispielsweise *Megatrends* (Naisbitt 1982), *Risikogesellschaft* (Beck 1986) oder *Weltpolitik im Umbruch* (Czempiel 1993). Auf diese Weise wurde deutlich, dass sich Globalisierung keineswegs nur auf eine ökonomische Dimension reduzieren lässt, wie dies gemäß der Definition der OECD der Fall ist, sondern dass Globalisierung eine Vielzahl von Dimensionen umfasst. Darunter fallen neben der ökonomischen Dimension auch solche, die von sozialer, politischer, ökonomischer oder ökologischer Wesensart sind. Dazu zählen beispielsweise die Ausweitung von Technologien (Transport und Kommunikation), die digitale Revolution (Internet), die Öffnung der Weltmärkte (Liberalisierung), der Klimawandel und die Verknappung von Ressourcen (Umweltzerstörung) sowie das Bevölkerungswachstum und die weltweite Migration.

All die oben genannten Dimensionen gehen mit einer globalen Entgrenzung einher und entziehen sich gewissenmaßen einer nationalstaatlichen Regulation, zumal Entscheidungsprozesse auf eine übergeordnete Ebene verlagert werden. Der klassische Nationalstaat, der jahrzehntelang zuvor eine protektionistische Rolle gespielt hatte, verliert daher zunehmend an Bedeutung und rückt damit in den Hintergrund. Dies bedeutet keineswegs, dass der Nationalstaat auf lange Sicht hin verschwindet, vielmehr zeigt sich, dass globale Entwicklungsprozesse (z. B. der Klimawandel oder die Migration) nicht mehr vor nationalen Grenzen haltmachen und daher auf einer supranationalen Ebene nach einer Lösung verlangen. Das Phänomen der Globalisierung brachte daher nicht nur wohlwollende Zustimmung seitens der politischen Entscheidungsträger\*innen und der Zivilgesellschaft mit sich, sondern rief auch Kritik und Widerstand hervor. Unter den Schlagwörtern „Globalisierungskritik“, „Globalisierungsgegner\*innen“ oder „Globalisierungsverlierer\*innen“ machte sich seit den 90er-Jahren eine Gegenbewegung bemerkbar, die sich zum Ziel setzte, die Globalisierung in die Schranken zu weisen. Die Protestkundgebungen auf den G7-, G8- oder G20-Gipfeln sind ein Zeugnis hiervon. Die Kritik richtet sich in erster Linie gegen die Dominanz transnationaler Konzerne und gegen den Freihandel, gegen sogenannte „verlängerte Werkbänke“ in Billiglohnländern, gegen den „Casino-Kapitalismus“ oder entlud sich u. a. in der sogenannten „Heuschrecken“-Debatte in Deutschland.

Seitens Organisationen wie Global 2000, Greenpeace oder Attac wurde auch Kritik an der globalen Umweltzerstörung und Ressourcenausplünderung laut, sich deshalb offen gegen Freihandelsabkommen wie TTIP/CETA oder gegen Agrarkonzerne wie Monsanto richtete. Auf einer anderen politisch-weltanschaulichen Grundlage stellt der europäische Rechtspopulismus eine wesentlich problematischere Gegenbewegung zur Globalisierung dar. Neuere Bewegungen, wie beispielsweise die in Frankreich gegründeten Identitären, die deutsche PEGIDA oder die AfD, waren maßgeblich an der „Festung Europa“-Kontroverse beteiligt. Jene sprachen sich vehement gegen Migration und Asylwesen in Europa aus, insbesondere gegen die Zuwanderungswelle im Sommer 2015, wodurch auch die europäische Asylpolitik und Willkommenskultur grundsätzlich infrage gestellt wurden. Die dadurch geschürten Ängste vor womöglich steigender Kriminalität oder Sozialmissbrauch wurden auf diese Weise zum Katalysator für Xenophobie und Fremdenfeindlichkeit und erfüllten damit vornehmlich den Zweck einer politischen Instrumentalisierung interkultureller Unterschiede.

Eine weitere, aber meistens wenig beachtete Dimension von globalen Entgrenzungsprozessen stellt die Globalisierung der Kultur dar. Zu Beginn der 90er-Jahre sprach der US-amerikanische Politologe Francis Fukuyama in seinem gleichnamigen Buch von einem „Ende der Geschichte“ und stützte sich dabei auf die Dialektik von Friedrich Hegel. Demnach wäre durch den Zusammenbruch des Sozialismus und dem damit einhergehenden Antagonismus zwischen West und Ost dem neoliberalen Kapitalismus zum weltweiten Durchbruch verholfen worden (Fukuyama 1992). Der Soziologe George Ritzer sprach in diesem Zusammenhang von der sogenannten „McDonaldisierung“ der Weltgesellschaft, wonach sich insbesondere an den Fastfood-Ketten zeige, dass die Weltkultur eine immer homogenere Lebenskultur und Organisationsstruktur nach US-amerikanischem Vorbild annehmen würde (Ritzer 1997). Zu einem eher negativen Befund kam zur selben Zeit der US-Politologe Samuel P. Huntington, der in seinem gleichnamigen Buch einen „Kampf der Kulturen“ prophezeite (Huntington 1996). Demnach hätten sich innerhalb unserer Weltgesellschaft Bruchlinien entlang ethnisch-religiöser Grenzen gebildet, die jederzeit aufbrechen könnten. Dieser pessimistischen Prognose setzte der deutsche Friedensforscher Harald Müller den Begriff „Zusammenleben der Kulturen“ entgegen, wonach Multi- und Transkulturalität sehr wohl möglich seien und unter gegebenen Umständen friedlich verlaufen könnten. Einen ebenfalls sehr interessanten Ausblick bietet der südkoreanische Philosoph Byung-Chul Han, der den postmodernen Begriff der „Hyperkulturalität“ geprägt hatte und damit die Auflösung von Grenzen und Umzäunungen unterschiedlicher Kulturformen, die durch kulturelle

Gegensätze entstanden sind, beschreibt und zugleich die Annäherung und Vernetzung der einzelnen Kulturen bedeutet. Daraus entstünden gleichermaßen eine Gleichzeitigkeit und ein Nebeneinander verschiedener Kulturen an verschiedenen Orten (Han 2005). Daran anschließend findet sich in der einschlägigen Lektüre auch der Begriff der „Glokalisierung“, ein Kofferwort, das sich aus den Wörtern „Globalisierung“ und „Lokalisierung“ zusammensetzt. Das Wesensmerkmal des „Glokalen“ ist demnach die Verbindung zwischen der sozialen, ökonomischen, politischen und kulturellen Dimension der Globalisierung. Kulturell betrachtet sind dank dieser Verbindung die einzelnen Individuen unserer Weltgesellschaft imstande, ihre jeweiligen Identitäten und kulturellen Besonderheiten zu bewahren (Robertson 1998).

Die Idee, über den Tellerrand zu blicken und dadurch kulturelle Grenzen zu überwinden, ist nicht neu und findet sich bereits in der Antike bei Diogenes von Sinope (410 – 323 v.Chr.). Der Philosoph, der für seinen gleichermaßen exzentrischen wie auch genügsamen Lebensstil in die Geistesgeschichte einging, bezeichnete sich selbst als „Bürger der Welt“ und prägte damit den Begriff des „cosmopolites“ (griech.: κοσμοπολίτης), der sich auch heute noch als „kosmopolitisch“ im gegenwärtigen Sprachgebrauch findet. Im Sanskrit des altindischen Hinduismus taucht auch die Weisheit „Die Welt ist eine Familie“ auf, wodurch nicht nur auf eine globale Zugehörigkeit der einzelnen Menschen verwiesen wird, sondern auch auf ein Gefühl der gegenseitigen Rücksichtnahme. Noch deutlicher zeigt sich dieser Umstand im iranischen Bahaitum, das sich auf die Lehren des Religionsstifters Bahā'ullāh beruft, der zu der Einsicht gelangte: „The earth is but one country, and mankind its citizens.“ (Bahá'í Reference Library, 2003).

Im Jahr 2012 verabschiedete die UNESCO (United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization) die sogenannte „Global Education First Initiative“, worin die Erziehung zum weltbürgerlichen Denken und Handeln an Schulen dargelegt wurde. Der darin vorkommende Begriff „Global Citizenship Education (GCE)“ wird darin als eine Form des Lehrens und Lernens definiert, die Lernende dazu ermutigen soll, sich aktiv an Projekten zu beteiligen, welche sich mit globalen Herausforderungen beschäftigen, die von sozialer, politischer, ökonomischer oder ökologischer Wesensart sind. Eine Kerndimension von Global Citizenship Education ist die Schaffung eines globalen Bewusstseins („global consciousness“), welche die ethische und moralische Dimension repräsentiert. Dabei geht es um die Entwicklung von kritischen und transformativen Perspektiven, um die Erweckung einer globalen Aufmerksamkeit („worldmindedness“) sowie um ein ganzheitliches (holistisches) Verständnis unserer Welt. Eine weitere Kerndimension stellt die sogenannte

globale Kompetenz („global competence“) dar, welche die technisch-rationale Dimension von GCE repräsentiert. Dabei spielt die Förderung der Sprachkompetenz, die interkulturelle Kompetenz (wie Kooperation und Empathie oder kommunikative Kompetenzen) sowie das autonome Handeln (z. B. Identitätsstiftung, Lebensplanung, Verteidigung und Geltendmachung von Rechten) eine wesentliche Rolle. Zu den Unterrichtsprinzipien und Lernkompetenzen zählen das kritische Lesen und Schreiben über sowie Analysieren von globalen Themen (z. B. Globalisierung, Interdependenz, Migration, Frieden, Konflikt, nachhaltige Entwicklung) und Kompetenzen im Umgang mit neuen digitalen Medien (Medienkompetenz/Digitale Kompetenz). Ferner ist auch das Verstehen von Zusammenhängen von politischen Entscheidungsprozessen auf lokaler, nationaler, regionaler und globaler Ebene, das vernetzte Denken und der Respekt vor der Vielfalt (z. B. in Bezug auf Kultur, Sprache, Geschlecht, Sexualität, Religion) wichtig. Letztendlich geht es im Unterricht auch um die ethische Verantwortlichkeit (z. B. in Bezug auf Klimawandel, Konsum, wirtschaftliche Globalisierung, fairen Handel, Migration, Armut und Reichtum, nachhaltige Entwicklung, Terrorismus oder Krieg) sowie das Engagement und die demokratische Partizipation als Weltbürger\*innen. Dazu gehören Mitgefühl, Empathie, Zusammenarbeit, Dialog, aktive Beteiligung und Social Entrepreneurship. Unter letzterem versteht man eine unternehmerische Tätigkeit, die sich innovativ, pragmatisch und langfristig für die Lösung sozialer Probleme und damit für einen wesentlichen, positiven Wandel einer Gesellschaft einsetzen will.

Als Fazit kann festgehalten werden, dass uns die Globalisierung samt ihrer Vielschichtigkeit und Komplexität ein gänzlich neues Bewusstsein abverlangt. Dieses sollte in erster Linie neu definierte Bildungsziele prägen, um den globalen Herausforderungen der Gegenwart und Zukunft nachhaltig begegnen zu können, die vor nationalen Grenzen nicht haltmachen. Oder um es mit Diogenes von Sinope zu sagen: „Bildung ist für die Jungen Weisheit, für die Alten Ermutigung, für die Armen Reichtum und für die Reichen Schmuck.“ (zitiert nach Diogenes Laertius, o. J.)

## Literatur

- Briand Aristide. 1929. *Dans la Voie de la Paix*. Discours du 8 Novembre 1929, Prononcé à la Chambre des Députés.
- Bahá'í Reference Library. 2003. „Gleanings From the Writings of Bahá'u'lláh.” Aufgerufen am 12. Juli 2021. <https://reference.bahai.org/en/t/b/GWB/gwb-117.html>.
- Beck, Ulrich. 1986. *Risikogesellschaft: Auf dem Weg in eine andere Moderne*. Frankfurt: Suhrkamp.
- Czempiel, Ernst-Otto. 2002. *Weltpolitik im Umbruch. Die Pax Americana, der Terrorismus und die Zukunft der internationalen Beziehungen*. München: C.H. Beck Verlag.
- Decker, Oliver, Kiess, Johannes, Schuler, Julia, Handke, Barbara und Brähler, Elmar. 2018. „Die Leipziger Autoritarismus-Studie: Methode, Ergebnisse und Langzeitverlauf.“ In *Flucht ins Autoritäre*, herausgegeben von Oliver Decker und Elmar Brähler, 65-116. Gießen: Psychosozial-Verlag.
- Depeche Mode. 1983. *Construction Time Again*. London: Mute Records.
- Diogenes Laertius. O.J. *Leben und Meinungen berühmter Philosophen*, VI, 68.
- Fukuyama, Francis. 1992. *The End of History and the Last Man*. New York: Free Press.
- Han, Byung-Chul. 2005. *Hyperkulturalität*. Berlin: Merve-Verlag.
- Hobbes, Thomas. 2010. *Leviathan. Or The Matter, Forme, & Power of a Common-Wealth Ecclesiasticall and Civill*, herausgegeben von Ian Shapiro. New Haven: Yale University Press.
- Houellebecq, Michel. 2005. *La possibilité d'une Île*. Paris: Fayard.
- Hugo, Victor. 2000. *Les Misérables / Die Elenden*, übersetzt von Edmund Kaur. Berlin: Aufbau Taschenbuch.
- Huntington, Samuel P. 1996. *The Clash of Civilizations and the Remaking of World Order*. London: Simon & Schuster UK.
- Jaspers, Karl. 1932. *Die geistige Situation der Zeit*. Berlin: Walter de Gruyter.
- Kant, Immanuel. 1795. *Zum ewigen Frieden: Ein philosophischer Entwurf*. Köln: Anaconda Verlag.
- Lucas, George. 2002. *Star Wars – Episode II: Angriff der Klonkrieger*. Los Angeles: 20th Century Fox.
- Logan, George M., Adams, Robert M. und Miller, Clarence H. 1995. *Thomas More: Utopia*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Naisbitt, John. 1982. *Megatrends: Ten New Directions Transforming Our Lives*. New York: Warner Books.
- Ritzer, George. 1997. *Die McDonaldisierung der Gesellschaft*. Frankfurt am Main: Fischer-Taschenbuch-Verlag.
- Robertson, Roland. 1998. „Glokalisierung: Homogenität und Heterogenität in Raum und Zeit.“ In *Perspektiven der Weltgesellschaft*, herausgegeben von Ulrich Beck, 192-220. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

SORA/ZukunftsFonds/Zeitgeschichte. 2017. „NS-Geschichtsbewusstsein und autoritäre Einstellungen in Österreich.“ Aufgerufen am 12. Juli 2021. [http://www.sora.at/fileadmin/downloads/projekte/2017\\_SORA-Praesentation\\_Demokratiebewusstsein.pdf](http://www.sora.at/fileadmin/downloads/projekte/2017_SORA-Praesentation_Demokratiebewusstsein.pdf)

Žižek, Slavoj. 2020. „Der Mensch wird nicht mehr derselbe gewesen sein: Das ist die Lektion, die das Coronavirus für uns bereithält“ *Neue Zürcher Zeitung* vom 13.03.2020. Aufgerufen am 12. Juli 2021. <https://www.nzz.ch/feuilleton/coronavirus-der-mensch-wird-nie-mehr-derselbe-gewesen-sein-ld.1546253?reduced=true>